

Dezember 2007



Den Anfängen wehren ...



Seite 3

Öffentlich bezahlte Abzocke?



Seite 10

da HILFT ja sonst nichts



Seite 7

es WAR wiederum so WEIT



Seite 9

**Bundeswehr
raus aus
Afghanistan!**

DIE LINKE.

Die Zweite Seite

Inhalt

- Seite 2 **Als erstes war...**
- Seite 3 **Den Anfängen wehren ...**
- Seite 4 **Kahlschlag im Spandauer Jugendfreizeit...**
- Seite 5 **Eine Halbinsel und das liebe Geld**
- Seite 6 **Polizei im Haus der LINKEN**
- Seite 7 **Weihnachtszeit**
- Seite 8 **Ich gönne mir ja schließlich auch nichts!**
- Seite 9 **Bundeswehr raus aus Afghanistan**
- Seite 10 **Spandauer Schulleiter reden Privatisierung ...**
- Seite 11 **Spitzen der Bahngewerkschaften ...**
- Seite 12 **50 Vorschläge für eine gerechte Welt**
- und **WERWIEWASWIESOWESHALBWARUM ...**

Als erstes war...

Liebe LeserInnen, FreundInnen, NachbarInnen und GenossInnen. Hier erscheint die Ausgabe zwei des Jahres 2007 der Spandauer Rundschau. Im September ist der erste Bezirksvorstand der Partei DIE LINKE nach dem Zusammenschluss von WASG und Linkspartei.PDS gewählt worden. Es wurden acht GenossInnen gewählt, die sich viel vorgenommen haben, für einen kleinen Bezirksverband wie Spandau.

Die Umschau wollen wir nutzen, um die Kommunikation unter den Spandauer Linken zu verbessern. Als Plattform für Themen, von denen wir glauben, dass sie auch außerhalb der LINKEN. interessieren, und wir möchten jeden, der diese kleine Zeitung in die Hand bekommt, einladen, daran teilzuhaben.

Alle, die diese Zeitung mitgestaltet haben oder verteilen, sind von Berufs wegen eher nicht mit der Produktion einer Zeitung beschäftigt. Trotzdem haben wir versucht, mit viel laienhaftem Herzblut Themen aufzugreifen, die den Bürgern in diesem Bezirk auf den Nägeln brennen, und sie in verständlicher Weise rüberzubringen.

Brennende Themen sind:

die Organisation von Widerstand gegen die Schließung von vier Jugendeinrichtungen (dann sind sechs von acht abgewickelt).

Informationen zu den Volksbegehren, die nicht täglich in den Medien behandelt werden.

Die Neiddiskussion und ein wenig Kultur sind auch dabei. Die große Politik und Weihnachten werden auch nicht vergessen.

Im Übrigen dachten wir zum Anfang, es kämen nie genug Artikel zusammen. Jetzt würden wir gerne eine monatliche Zeitung herausgeben. Leider fehlen uns dazu noch die, Ihr wisst schon.

Also viel Spaß mit der Zeitung, fröhliche Weihnachten und viele gute Ideen im neuen Jahr.

Eure Redaktion der Spandauer Umschau

Impressum

Herausgeber: **Die LINKE.**
Bezirksvorstand Berlin-Spandau

Jüdenstraße 46
in 13597 Berlin (Altstadt Spandau)
Tel. 36 43 74 71 — Fax 36 43 74 72

www.die-linke-spandau.de
eMail: bezirk@die-linke-spandau.de

V.i.S.d.P.: **Monika Merk**

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. November 2007

Druck: double express **Auflage: 4.000**

Die nächste Ausgabe der Spandauer Umschau
erscheint am **03. Dezember.**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.



Wer ist Das? 1964 wäre er fast zu Ihm gegangen. Von Ihm hört man Sätze wie: „Gott hat keine anderen Hände als die unsrigen“. „Ich bin calvinistisch erzogen, verstehen Sie...

WEITER auf Seite 12

Antifa

Den Anfängen wehren - reicht das heute noch?

Am 12. November fand am Mahnmal am Lindenufer eine Gedenkstunde aus Anlass der Pogromnacht am 9. November 1938 gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, statt. Viele Menschen waren gekommen: Schülerinnen und Schüler Spandauer Schulen, Vertreter der Bezirksverwaltung, der Bezirksverordnetenversammlung und der Parteien, neben anderen Offiziellen auch engagierte Spandauer Bürgerinnen und Bürger.

Zu Beginn sprach der Spandauer Bezirksbürgermeister Birkholz. Er betonte die Notwendigkeit, sich der Ereignisse des November 1938, zu erinnern und wiederholte seinen Ratschlag, den Anfängen zu wehren. Gleichzeitig beanspruchte er aber auch die Übereinstimmung mit der Jüdischen Gemeinde, dass antisemitische Übergriffe und Schändungen des Mahnmals in Spandau nicht bekannt gemacht werden sollten um den Tätern keine öffentliche Plattform zu bieten.

Mit keinem Wort erwähnte der Bürgermeister jedoch den seit März dieses Jahres bestehenden „Runden Tisch für Demokratie und Toleranz, gegen Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt“ ein. Es hätte keinen passenderen Ort und keinen besseren Zeitpunkt gegeben das Engagement von Einzelpersonlichkeiten, von Organisationen, Verbänden und Vereinen, von Vertretern der Spandauer Wirtschaft, der Kirchen und Schulen und aller in der Bezirksverordnetenversammlung vertretenen Parteien zu würdigen und die Gemeinsamkeit in der gegenwärtigen Auseinandersetzung herauszustellen. Das war mehr als eine verpasste Chance. Hier war der CDU-Bürgermeister Konrad Birkholz nicht auf der notwendigen politischen Höhe der Zeit.

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Dr. Gideon Joffe, appellierte insbesondere an die anwesenden Schülerinnen und Schüler mit Zivilcourage sich allen antisemitischen und fremdenfeindlichen Entwicklungen und Taten zu stellen.

Im Anschluß wurde durch den Kantor Sheffer im Totengedenken der jüdischen Menschen erinnert, die ermordet und verbrannt wurden in Auschwitz, Dachau, Treblinka, Maidanek, Babi Jar und anderen Vernichtungslagern der deutschen Faschisten.

Begonnen hatte es damit, dass die „Juden unser Unglück seien“. Dann wurden die Synagogen geschändet, Scheiben eingeschlagen und ihre Geschäfte geplündert.

Sie wurden der Schulen verwiesen und ihre Arztpraxen wurden geschlossen. Sie mussten in der Öffentlichkeit den Davidstern tragen und in ihre Pässe wurde das „J“ gestempelt. Jede jüdische Frau musste „Sarah“ und jeder jüdische Mann „David“ als Zusatznamen tragen. Dann wurden sie zur Deportation abgeholt. Am Ende stand Auschwitz, die industriemäßig organisierte und durchgeführte millionenfache Ermordung.



Am Mahnmal legte die Spandauer Linkspartei ein Blumengebilde nieder. Auf der Schleife steht geschrieben „Niemals wieder Faschismus“

J.K.

„Das NS-Regime hat nicht nur Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle und politische Linke verfolgt und ermordet, sondern das Regime hat eigentlich potenziell alle betroffen. Jeder konnte in einem solchen Unrechtsstaat letztlich in einem Konzentrationslager enden. Ich finde diese Botschaft, dass ein Rechtsstaat uns alle schützt – diese Botschaft wird sträflich vernachlässigt.“

Rabbiner Andreas Nachama
Interview in der „Berliner Zeitung“ 21.3.2007

Volksbegehren

Kahlschlag im Spandauer Jugendfreizeitbereich

Für das nächste Jahr hatten CDU, FDP und Graue die Schließungen von vier Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk geplant. Auf der Agenda der Schließungen waren die Villa Media in Hakenfelde, das Haveleck im Pulvermühlenquartier sowie die Motorwerkstätten in Hakenfelde und Wilhelmstadt. Verantwortlich für diesen jugendpolitischen Unsinn war ein gemeinsamer



55 Jahre erfolgreiche Jugendarbeit an der Havelhöhe und das war es?

Plan von CDU, FDP und den Grauen. Als Argument für die Schließungen wurde angeführt, dass die präventive Jugendarbeit in den Jugendfreizeitheimen nicht mehr zeitgemäß sei und auch nicht genügend frequentiert. Diese Einschätzung wurde von den Vertretern der Stadtteilkonferenzen, von Eltern und betroffenen Jugendlichen im Jugendhilfeausschuss am 10.10.07 widerlegt. Die Arbeit in den Jugendfreizeiteinrichtungen hat präventiven Charakter, die eine große Mehrheit von Jugendlichen anspricht. Viele Kinder und Jugendliche verfügen nicht über ausreichende Fähigkeiten im motorischen Bereich wie z.B. das zielgerichtete Benutzen einer Schere. Genauso verhält es sich mit sozialen Kompetenzen wie einfache Umgangsformen des täglichen Lebens, oder die Fähigkeit sich auch nur kurz auf eine Sache konzentrieren zu können. Dies lässt sich nicht durch Streetworking kompensieren, sondern nur durch kontinuierliche Übung mit den Kindern und Jugendlichen in einer Einrichtung. Dass das Geld gut angelegt ist, welches in Präventionsarbeit gegeben wird, zeigt auch, dass Quartiere, die auf ihrem Gebiet eine Jugendfreizeiteinrichtung haben, erheblich weniger von Jugendkriminalität betroffen sind. Vor diesem Hintergrund kann nur ausdrücklich davor gewarnt werden, bewährte Angebote unwiederbringlich

zugunsten eines mobilen Konzepts aufzugeben. Es ist seit Beginn jeglicher Jugendpolitik in diesem Land eine Binsenweisheit..., dass vor der Straße bewahrte Jugendliche sich sozial und psychisch stabiler entwickeln als Straßenkinder mit einem Streetworker an ihrer Seite. Der Plan der rückwärtsgewandten Kräfte hier in Spandau ist nicht nur fahrlässig, sondern auch verantwortungslos! Wo trotzdem für Streetworking Bedarf besteht, muss ein entsprechendes Konzept erarbeitet werden und auch umgesetzt werden. Es geht der Zählgemeinschaft nicht um „zeitgemäße“ Jugendarbeit, sondern um Einsparungen in einem Bereich, der für sie nur eine untergeordnete Priorität hat. Betroffen sind nicht die Kinder der eigenen gut situierten Wählerklientel, sondern die Kinder der anderen.

Die Schließungspläne der Zählgemeinschaft ließen sich nicht wie geplant umsetzen, weil diese auf breiten Widerstand gestoßen sind. Ein fauler Kompromiss sieht eine Privatisierung durch die Hintertür vor. Das Haveleck soll vorerst weiter vom Bezirk betrieben werden und später einem freien Träger übergeben werden werden **für die drei anderen Einrichtungen werden die Schließungspläne jedoch aufrechterhalten.** Die Übergabe an freie Träger gewährleistet nicht den Fortbestand der Einrichtungen mit der notwendigen Angebotsvielfalt und Kontinuität. Es ist vielmehr zu befürchten, dass eine Vergabe nach fiskalischen Gesichtspunkten erfolgen wird und Angebote nicht mehr von allen Jugendlichen genutzt werden können, weil diese nicht mehr kostenlos sind.

Der Fortbestand der Einrichtungen mit der notwendigen Angebotsvielfalt und Kontinuität ist nur gesichert, wenn diese als Einrichtungen des Bezirks erhalten bleiben.

Damit die Angebote in den genannten Einrichtungen erhalten bleiben, wurde ein Bürgerbegehren gestartet. Unterstützen Sie das Bürgerbegehren mit ihrer Unterschrift, damit der Crash-Kurs der Zählgemeinschaft gegen Kinder und Jugendliche, die dieses Angebot wirklich brauchen, aufgehalten wird! Die Unterschriftenliste befindet sich zum downloaden auf unserer Homepage unter www.die-linke-spandau.de

Das Bürgerbegehren kann auch in unserer Geschäftsstelle in der Judenstrasse 46,

Tel. 36 43 74 71 unterschrieben werden.

Unsere Geschäftszeiten: Mo, Di, Do 11-16 Uhr und Freitag 11-14 Uhr.

Monika Merk

Bürgerentscheid

Eine Halbinsel und das liebe Geld

Liebe Freunde der Provinzposse. In Groß Glienicke läuft eine Ungerechtigkeit andersgleich. Ein armer Unternehmer Herr Bi und zufälliger Spezi unseres ehrenwerten Bürgermeisters Herrn Bu kauft aus selbstlosen Gründen die Halbinsel im Glienicker See.

Lumpige 20.000 m² für rund 250.000 Euro. Das ist ein objektiver Preis, denn auf dem Flugfeld in Kladow, ca. 500 m vom See entfernt kostet der Quadratmeter rund 168 Euro.

Gerechterweise muss man ihm zugestehen, dass der Großteil der Insel Landschaftsschutzgebiet ist (siehe Karte/Foto). Herr Bi dazu: „Das wird alles unglaublich aufgebauscht. Das ganze Projekt hat ein Investitionsvolumen von zwei Millionen Euro, was nicht gerade viel ist. Außerdem ist ja nur ungefähr die Hälfte der Insel Landschaftsschutzgebiet, die Gebäude des ehemaligen Strandbades gehören nicht dazu“.

Wer die Karte genau betrachtet, muss Herrn Bi recht geben; sollte er mir sein Vermögen vererben, möchte ich aber genau wissen, welcher Teil die ungefähre Hälfte ist. Anfang des Jahres 2007 traten böse, neidgeplagte Bürger auf den Plan, die die Halbinsel ganz und gar zum Landschaftsschutzgebiet machen wollen.

Diese Querulanten, denen der Blick für die großen Zusammenhänge abgeht, starteten ein Bürgerbegehren, dessen Ziel es war, 5.107 Stimmen gegen die Bebauung der Insel und für ihr Projekt eines vollständigen LSG zu sammeln.

Sie bekamen 13.777 gültige Stimmen zusammen. In jedem anderen Bezirk dieser schönen Stadt hätte das ausgereicht, um die Bebauungspläne fallen zu lassen. In Klein-Kungelstan geben die CDU und ihre Satelliten, FDP und Die Grauen, den Bürgern von Spandau aber noch mal die Chance, es sich anders zu überlegen. Ein Bürgerentscheid. Dieser wird ca. 250.000 Euro unserer Steuergelder kosten.

Die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Spandau, Frau Christ, schreibt im „Land-Kurier“ 4/2007 zur Frage der Nutzung der Halbinsel als Landschaftsschutzgebiet: „Sicher ist, dass der Bezirk finanziell nicht in der Lage ist, die notwendigen Mittel dafür aufzubringen“.

Waren es nicht rund 250.000 Euro, die das Grundstück gekostet hat? In der Logik von Frau Christ und ihrer

Satelliten kann man ein Landschaftsschutzgebiet nicht einfach einzäunen und der Natur ihren Lauf lassen. Nur eine kommerzielle Nutzung garantiert kompetenten Naturschutz.

Wir Linken sind für die Schaffung eines vollständigen LSG Halbinsel Glienicker See, mit der Schaffung einer ökologisch vertretbaren, zeitlich begrenzten Nutzung zu Bildungszwecken für die Kinder unserer Stadt.

In einem Bezirk, in dem die CDU gerade vier gut besuchte Jugendeinrichtungen abgeschossen hat, Entschuldigung einer besseren privaten Nutzung übergibt, bedarf es allerdings des Widerstandes aller vernunftbegabten Bürger, um noch ein wenig für unsere Kinder und Enkelkinder zu retten von dem, was unseren Bezirk lebenswert macht.



Zur Erklärung:

Die Halbinsel liegt zwischen Uferpromenade und Großglienicker See ungefähr in Höhe der verlängerten Achse des Seekorso. **Der größte Teil des Areals ist ein als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesenes Feuchtbiotop**, dessen Flora und Fauna durch das seit Jahren anhaltende Absinken des Wasserspiegels im Großglienicker See inzwischen akut bedroht ist. An der Spitze des Sees befindet sich ein ehemaliges Strandbad.

Weitere Infos unter: www.Halbinsel.org

Mike Gallrach

Letzte Mitgliederversammlung

Polizei im Haus der LINKEN

Zum Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst hatten wir im Rahmen unserer Mitgliederversammlung am 12.11.2007 zu einer Diskussionsrunde eingeladen. Eberhard Schönberg, Vorsitzender des Landesbezirks Berlin der Gewerkschaft der Polizei, und Wolfgang Albers, stellvertretender Vorsitzender der DIE LINKE. Landesverband Berlin, hatten ihre Teilnahme zugesagt und nahmen zur aktuellen Situation Stellung.



Hintergrund des Tarifstreits: Berlin ist im Januar 2003 aus den Arbeitgeberverbänden des öffentlichen Dienstes ausgetreten, weil der alte Senat nicht bereit war, die Berliner Beschäftigten an den sich damals abzeichnenden Erfolgen der Tarifrunde 2003 zu beteiligen. Der rot-rote Senat wollte im Gegenteil, dass die Beschäftigten auf Millionen ihres Einkommens verzichteten. In den Tarifverhandlungen wurde die Übertragung des Tarifergebnisses mit den Stundenlohnerhöhungen von 4,4% erreicht. Der Senat hat im Ergebnis durchschnittlich 10% der Einkommen bis Ende 2009 als Sparbeitrag der Beschäftigten zur Haushaltssanierung bekommen. Die Beschäftigten erhielten dafür bis Ende

2009 Beschäftigungssicherung und Zeitguthaben im entsprechenden Umfang. Jetzt allerdings gibt es keinen Grund mehr, immer noch den Flächentarifverträgen des öffentlichen Dienstes fernzubleiben.

Denn im Anwendungstarifvertrag steht, dass bei Tarifaufeinandersetzungen der Kommunen und Bundesländer auch die Berliner Beschäftigten einbezogen werden können und die Tarifvertragsparteien über die Übernahme von Tarifergebnissen verhandeln können. Daran will sich der Senat aber jetzt nicht mehr erinnern. Die Vertreter des Landes machen deutlich, dass sie sich zwar eine Übernahme des neuen Tarifrechtes vorstellen können, es dürfe aber nichts kosten. . . .

Zur Einstimmung in die Problematik erläuterte Eberhard Schönberg die Lage der Arbeiter und Angestellten bei der Polizei. Auch hier haben die ca. 5000 Beschäftigten auf 8-12% ihres Einkommens seit 2004 verzichtet, wobei die Masse der Mitarbeiter Löhne zwischen nur 1000 und 1.400 €/Monat erhalten. Und das stellenweise nach 30-34 Dienstjahren. Ganz weggefallen ist das Weihnachtsgeld; bei den Beamten bis auf 640 € abgesenkt.

Arbeitsstellen werden nicht mehr neu besetzt.

Seit 4 Jahren gibt es bei der Polizei einen Einstellungsstopp. Die angehäuften Zeitgutschriften können bei 3.500 Beschäftigten im Schichtdienst gar nicht abgegolten werden. Somit hat sich ein Berg von über 1 Mio. Stunden angehäuft.

Es ist Zeit, den Anschluss an den Anwendungstarifvertrag zu halten. Seit Januar 2007 werden Tarifverhandlungen (bisher 3 Runden) geführt. Bislang ohne ein konkretes Angebot vom Senat. Es wurde immer nur auf die Verschuldung des Landes hingewiesen. Aber die Einnahmesituation hat sich verbessert.

Und: was soll diese Argumentation? Wie weit muss die Schuldensumme sinken, bis der Senat endlich ein Angebot vorlegt? Das Schuldenargument ist nur ein Todschlagerargument! Gestiegenen Lebenshaltungskosten, Inflationsraten, Tarif- und Besoldungseinbußen haben ihre Spuren in den Haushaltskassen der Beschäftigten des Landes Berlin hinterlassen. Eberhard Schönberg fordert: Die Beschäftigten des Landes Berlin haben mehr Respekt, mehr soziale Gerechtigkeit für gute Arbeit verdient! Dann kam Eberhard Schönberg auf die

Letzte Mitgliederversammlung

unterschiedlichen Sichtweisen innerhalb der LINKEn zu sprechen. Er führte Carola Bluhm und Klaus Lederer an, die sich deutlich für Tarifverhandlungen ab 2008 aussprachen.

Diese sollten die Verlängerung der Beschäftigungssicherung, die Öffnung eines Einstellungskorridors sowie Lohn- und Gehaltserhöhungen beinhalten. Sie forderten die Gewerkschaften auf, die Vorschläge aufzunehmen und Bewegung in die Verhandlungen zu bringen.

Es macht Hoffnung, so Schönberg, dass eingesehen wird, dass ein vernünftiges Angebot kommen muss, dass ein Weg gesucht werde, um nicht zu Streiks als letztes Mittel greifen zu müssen. Das war das Stichwort und die Überleitung zu Wolfgang Albers.

Er kann im Großen und Ganzen die Ausführungen von Schönberg nur bestätigen und unterstützen. Die Positionen sind eindeutig. Die Beschäftigten haben wesentlich zur Stabilisierung der Haushaltslage beigetragen und es ist an der Zeit, dass die Einkünfte steigen.

Er spricht sich für ein Vorziehen der für 2010 geplanten Erhöhung der Einkünfte auf 2008 aus.

Doch der Druck der Öffentlichkeit und der Gewerkschaften reicht offensichtlich nicht aus, Hardlinern im Senat wie Wowereit und Sarrazin zu Zugeständnissen zu zwingen. Der Druck aus den AG 's Betrieb und Gewerkschaft auf die SPD muss stärker werden.

Dennoch bemerkt Albers, dass es in Berlin eine neue Gesprächskultur zwischen Gewerkschaften und Parteien gibt.

Die nächsten Ziele müssen sein, die jährliche Einsparsumme von zusätzlich 150 T€ vom Tisch zu bekommen, die Rückkehr in den kommunalen Arbeitgeberverband, die Akzeptanz und die Unterstützung der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zu erhöhen, Klärung der Position des ÖD und Ausbau der Perspektiven seiner Perspektiven.

Denn: Den Öffentlichen Dienst brauchen gerade diejenigen, die nicht so viel Geld haben!

Wir danken Eberhard Schönberg und Wolfgang Albers für ihre Informationen, Sichtweisen und die offene und ehrliche Diskussion.

Evelyn Berger

Liebesbrief

Weihnachtszeit

Liebe LeserInnen, für jeden von uns ist der Monat Dezember, und vor allen Dingen die Zeit um den 24. Dezember, mit einer persönlichen Bedeutung versehen. „Das Fest der Liebe, des Rückblicks, der Demut, der Erinnerung, des Erfolgs“. Wir schauen zurück und unsere Kinder unter den Weihnachtsbaum.

Hier liegt der Hase im Pfeffer, die Gans in der Röhre oder der Karpfen im Topf.

Viele von uns haben im letzten Jahr den Gürtel enger schnallen müssen. Manche haben keinen Gürtel mehr oder selbst das letzte Hemd opfern müssen.

Trotzdem kann der Gedanke, den Nächsten zu lieben, einem selbst Frieden unter dem Weihnachtsbaum bescheren. Manchmal reicht schon ein Euro und der kurze Weg in die Kirchengemeinde in der Nähe, um nachzufragen, ob man den zehnten Schokoladenweihnachtsmann von Oma einer anderen Hüfte zukommen, ein Netz Orangen oder das dritte gleiche Legoteil nicht verschenken kann.

Die Aktion „Laib und Seele“ der Berliner Tafel gibt es auch in Spandau:

- **Ev. Luthergemeinde** Ausgabestelle:

Paul-Schneider-Haus, Schönwalder Str. 24, 13585

Berlin Montags 14:00 Uhr – 15:00 Uhr

für die PLZ: 13585, 13587

- **Evangelische Paul-Gerhardt-Kirchengemeinde**

Im Spekefeld 26, 13589 Berlin,

Freitags 13:30 Uhr -14:30 Uhr für die PLZ: 13583, 13589

- **Röm.-Kath. Kirchengemeinde St. Wilhelm u. Ev.**

Nikolaikirche, Weißenburger Str. 9-11,

13595 Berlin, Mittwochs 11:00 – 12:00 Uhr

für die PLZ: 13581, 13595, 13597, 13599,

13629, 14089

- **Evangelische „Gemeinde zu Staaken“**

Ausgabestelle: Pillnitzer Weg 8

13593 Berlin, Donnerstags 14:00 Uhr – 16:00 Uhr

für die PLZ: 13591, 13593

Mehr Informationen zu Ausgabestellen und der Aktion „Eins mehr!“ Infos unter **Tel. 787 163 52** (LAIB und SEELE) oder E-Mail: laibundseele@berliner-tafel.de



Neidkultur

Ich gönne mir ja schließlich auch nichts, warum...

...sollen dann die anderen mehr bekommen?

Das Bedürfnis nach Gerechtigkeit kann manchmal merkwürdige Formen annehmen: Hat man sich selber schweren Herzens davon „überzeugen“ lassen, seine eigenen Bedürfnisse zurückzustellen, so erwartet man dieses auch von den anderen. Es ist entsteht eine Art Verzichtswettbewerb. Je mehr der Verzicht um sich greift, desto größer anscheinend das Bedürfnis, gefälligst diese Entbehrung auch bei anderen Menschen zu sehen. Das ist aber genau die falsche Richtung! Glauben wir etwa immer noch, durch heutigen Verzicht wird die Grundlage für wachsenden Wohlstand in der Zukunft gesichert? Die Erfahrungen beweisen das glatte Gegenteil. Da fällt mir ein Zitat von Bertolt Brech ein:

„Das Gedächtnis der Menschheit für erduldet Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns heute schon vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen.“

„Laßt uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zuwenig gesagt wurde! Laßt uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Munde sind!“

„Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

Bertolt Brecht, 1952

Wir sind höchst produktiv geworden. Aber der wachsende Konkurrenzdruck sorgt dafür, daß jeder Fortschritt der die Voraussetzung für ein besseres Leben sein könnte, dem Zwang zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet wird. Auf diese Weise kehrt sich der Entwicklungsfortschritt in sein Gegenteil um. Der Wettbewerb wird jedoch danach auf einer noch höheren und aggressiveren Stufe fortgesetzt. Nichts ist gewonnen. Es wird durch den Verzicht keine neue Vorausset-

zung dafür geschaffen, daß nun ein späterer Produktivitätszuwachs plötzlich den arbeitenden Menschen zu Gute kommen sollte. **Was also tun?**

Durch unsere kreative Produktivitätsentwicklung haben wir ein besseres Leben nicht nur verdient, wir können es uns auch leisten und einfordern! Merken wir denn nicht endlich, daß eine Verbesserung unserer Lebenssituation nur über Formen des Aufbegehrens möglich ist? Wir müssen weg von diesem Wettbewerb des gegenseitigen Verzichts, sondern uns daran orientieren, daß Menschen im Kampf für ihre Interessen erfolgreich sein können. In anderen Ländern, wird die Lohnpolitik in Deutschland schon den kämpfenden Lohnabhängigen unter die Nase gehalten. Wollen wir das? Rücksichtnahme auf die Wirtschaft? Um es mal ganz klar zu sagen: Die Interessen der Menschen sind doch wohl wichtiger als eine Wirtschaft(-sform), die doch sonst immer so positiv vom Wettbewerb spricht und dieses Prinzip als das beste überhaupt darstellt. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder dieses Wirtschaftssystem kommt mit dem Aufbegehren der Menschen klar und ermöglicht so wieder wachsende Lebensqualität. Dann ist das gut so und beweist, daß Kapitalismus weiterhin im positiven Sinne reformierbar ist. Kann er das aber nicht, dann muß er beseitigt werden und durch eine wirtschaftsweise ersetzt werden, die direkt durch den demokratisch ermittelten Willen der Menschen bestimmt wird. Eine Schwächung der Wirtschaft gehört dann tatsächlich dazu. Das hört sich zwar hart an, ist aber lange nicht so gefährlich wie ein weiterer Abbau des Lebensstandards durch politische Passivität, denn das führt zu Krieg und Elend. Da sollte man aus der Geschichte der Arbeiterbewegung genau lernen(siehe Brecht Zitat)!

Übrigens, - und das war und ist ja ein berühmter „linker Streitapfel“: Die Linke muß sich eben heute nicht bereits darauf festlegen, welcher Weg nun der Richtige ist, ob Reform oder Revolution. Das lähmt nur den erforderlichen Zusammenschluß der Menschen, weil dieser Streit nur auf Spekulation und Glaubenfragen hinauslaufen kann. Wir sind doch keine Wahrsager und können gar nicht vorhersehen, welcher Weg der Richtige ist. Aber die Organisation und bedingungslose Unterstützung des Aufbegehrens der Menschen, das muß die Hauptaufgabe der neuen vereinten Linken sein. Nicht mehr aber auch nicht weniger!

A K

Reallohnentwicklung 1995–2004: Deutschland Schlusslicht

Litauen	89,7%
Estland	62,7%
Lettland	53,3%
Tschechien	46,6%
Polen	40,3%
Slowakei	29,3%
Ungarn	25,4%
Schweden	25,4%
Großbritannien	25,2%
Zypern	24,4%
Slowenien	22,0%
Irland	19,4%
Portugal	17,8%
Malta	16,6%
Dänemark	15,6%
Niederlande	11,9%
Luxemburg	10,1%
EU 25	9,9%
Finnland	9,3%
Frankreich	8,4%
EU 15	7,4%
Belgien	6,4%
Spanien	5,4%
Österreich	2,8%
Italien	2,0%
Deutschland	-0,9%

Quelle: Eurostat 2005 | © Hans-Böckler-Stiftung 2005

Außenpolitik

Bundeswehr raus aus Afghanistan

Nun ist es wieder soweit! Die Bundeswehr darf sich weiterhin auf einen Einsatz innerhalb der „Operation Enduring Freedom“ (OEF), der internationalen Sicherheits-Unterstützungstruppe (ISAF) und mit ihren Tornados an dem Krieg in Afghanistan „freuen“. So wird das Martyrium der afghanischen Bevölkerung ebenfalls verlängert. DIE LINKE hat als einzige Fraktion im Bundestag am 12.10.07 und 15.11.07 gegen diese, den Tod bringenden Einsätze geschlossen gestimmt. 1,3 Millionen Menschen sind seit 2001 auf der Flucht. In keinem Land sterben so viele Kinder wie in Afghanistan. Ausländische Soldaten brachten 2006 Tausende Zivilisten um. Immer wieder werden und wurden in „Präzisionsangriffen“ auf afghanische Dörfer Hunderte von Zivilisten getötet. Als Vorbereitung der Angriffe sollen laut „German - Foreign - Policy“ (GFP) mehrmals deutsche Tornados beteiligt gewesen sein.

Die Bundesregierung begründet den Einsatz der Bundeswehr damit, dass der Aufbau von Strukturen in Afghanistan und Deutschlands Sicherheit durch die Bundeswehr geschützt werden müssten. Aber die Hilfe stand nie im Vordergrund: Auf 80 Milliarden Euro Ausgaben für Militärisches stehen 8 Milliarden für den zivilen Aufbau zur Verfügung, wobei ca. 60% dieser Summe als Verwaltungskosten verloren gehen; um diesen Euro balgen sich mehr oder minder korrupte „Hilfsorganisationen“. Ein Großteil der Hilfsgelder, die nach Afghanistan gehen, fließt obendrein in die Taschen westlicher Konzerne. Die ISAF-Truppe leistet keinen humanitären Wiederaufbau, sondern schützt das Karzai-Regime. Hamid Karzai ist nur durch westliche Intervention an die Macht gekommen. Unter Karzai herrschen wieder die War Lords und Drogenbarone, die die Afghanen nach dem Abzug der sowjetischen Besatzer terrorisierten. Karzai über Jahre enger Verbün-

deter der USA und des Westens tut alles, um deren Interessen zu schützen. Seine Kabinettsliste spricht da Bände und liest sich wie ein Steckbrief der italienischen Mafia-Jäger. Die Verflechtung von ziviler Hilfe und Militäreinsatz wird gerade von denen abgelehnt, die seit Jahrzehnten Erfahrungen mit ziviler Hilfe in Afghanistan haben. So haben Caritas und Deutsches Rotes Kreuz die Regierung ermahnt, die militärischen und zivilen Aufgaben strikt zu trennen, um Helfer und Bevölkerung nicht weiter zu gefährden. Trotzdem nutzt die Bundeswehr deutsche Nichtregierungsorganisationen zur verdeckten Lancierung ihrer Propagandabotschaften im besetzten Afghanistan (GFP – 16.10.07) Die Lage der Mehrheit der Frauen in Afghanistan hat sich seit dem Sturz der Taliban nicht verbessert. Die Frauenorganisation „Womankind Worldwide“ prangert an, dass einige Formen der Gewalt gegen Frauen, wie Ehrenmorde, zugenommen haben, während die Sicherheit für Frauen in mehreren Provinzen schlechter ist als 2001. Eine afghanische Frau wird heute aufgrund ihrer Unterdrückung und der katastrophalen Lebensbedingungen nicht älter als durchschnittlich 42 Jahre. Die Selbstmordrate bei Frauen nimmt epidemische Ausmaße an.

Wenn die Regierung sagt, dass Deutschlands Freiheit und Sicherheit am Hindukusch verteidigt werden, meint sie die Sicherung des Zugangs zu den Öl- und Gasvorkommen am Persischen Golf und in der kaspischen Region.

Wir fordern: Kein Blut für Öl!

Der sofortige Abzug der ausländischen Truppen ist eine Voraussetzung für effektive Hilfsmaßnahmen und die Entwicklung einer wirklich demokratischen Gesellschaft. Dabei sind weder die regierende Mafia um Karzai noch die ultrareaktionären Taliban Bündnispartner, sondern die real existierenden demokratischen Kräfte wie die Parlamentsabgeordnete Malalai Dschoja und andere. Nach Informationen des Info-Dienstes GFP (16.11.07) sollen deutsche Truppen in Westafghanistan direkt in Kämpfe eingegriffen haben. Das Verkaufen von Massakern als humanitäre Hilfe ist verbrecherisch! Dies sollte sich besonders die SPD hinter die Ohren schreiben.

**Unsere Forderung bleibt:
Bundeswehr raus aus Afghanistan !!**

Piotr Łuczak

**Bundeswehr
raus aus
Afghanistan!**

DIE LINKE.

www.die-linke.de

ÖPP

Spandauer Schulleiter reden Privatisierung ...

... ihrer Schulen herbei.

Im „Spandauer Volksblatt“, der Haus- und Hofpostille der hiesigen CDU, vom 14.11.07 beschwerten sich die Schulleiter von sechs Spandauer Grundschulen darüber, dass der Bezirk sich von seinen Plänen verabschiedet hat, einige Grundschulen unter der Ägide einiger Privatinvestoren im Rahmen eines ÖPP-Modells (Öffentlich-Private-Partnerschaft) betreiben zu lassen. Dass die derzeitigen Machthaber im Spandauer Rathaus sich in dieser Frage den Senatsvorgaben beugen mussten, bedeutet, dass große Risiken von der öffentlichen Hand genommen wurden.

Was steckt nun hinter der berühmt-berüchtigten ÖPP? Das Besondere dabei ist, dass eine Kommune bzw. ein Berliner Bezirk nicht mehr wie bisher Bau- oder Sanierungsaufträge an private Firmen vergibt und für die Bezahlung einen Kredit aufnimmt, sondern jetzt den Bau, die Sanierung, die Planung, den Betrieb und die Instandhaltung und vor allem die Finanzierung einem privaten Investor überlässt. Die Finanzierung ist dabei langfristig angelegt, meist zwischen 20 und 30 Jahre (in Spandau sollte dieses Modell auf 28 Jahre besiegelt werden). Während dieser Zeit zahlt der Bezirk dann eine

Miete.

Für unbedarfte Beobachter bzw. Stadträte bedeutet dies, dass nunmehr kein Kredit aufgenommen werden muss bzw. angeblich der Haushalt entlastet wird und nur eine Miete anfällt, was auf den ersten Blick sehr verlockend ist. Diese Mietverträge sind aber sehr problematisch, vor allem deswegen, weil sie in den meisten Fällen nicht offengelegt werden, d.h. im

Klartext: Wer etwas verheimlicht, der hat etwas zu verbergen! Der parlamentarischen und außerparlamentarischen Öffentlichkeit soll nämlich verheimlicht werden, dass die im gesamten Zeitraum zu erbringende Miete viel mehr kostet als ein traditioneller Kredit. Denn der private Investor schlägt Zusatzkosten auf, die sonst nicht entstünden: Er verlangt eine Gewinngarantie, einen Gene-

ralunternehmerzuschlag, Kosten für externe Beratungsleistungen und zusätzlich zu den Finanzierungskosten kommen noch Bankprovisionen und die Renditen für die Anleger auf die normale Kostenstruktur hinzu sowie plus 19 Prozent Mehrwertsteuer.

Eine besondere Feinheit in diesen Mietverträgen ist das Fehlen der Garantie einer termingerechten Fertigstellung der Projekte, was im „Fachjargon“ als „Forfaitierung mit Einredeverzicht“ bezeichnet wird. Dies bedeutet, dass der private Investor den Vertrag, den er mit der Kommune über ÖPP macht, mit den festgeschriebenen Mietbedingungen an eine Bank verkauft. Diese kauft die Forderungen mit der Bedingung, dass der Bezirk die Miete nicht mehr an den Investor, sondern an die Bank zahlt. Darüber hinaus besteht die öffentliche Hand nicht mehr auf den sonst üblichen Rechten eines Mieters, bei Mängeln, Minderleistungen oder bei Schlechterfüllung der vertraglichen Verpflichtungen die Miete zu mindern. Die Kommune verpflichtet sich, und das nennt man „Einredeverzicht“, zu den festgelegten Mietzahlungen. Dadurch geht die öffentliche Hand ein großes Risiko ein, das tatsächlich bis zur Insolvenz des Investors geht. Sollte nämlich dieser Konkurs anmelden, ist der Bezirk weiter in der Pflicht, im gesamten Zeitraum die Miete an die Bank zu zahlen, selbst wenn sie keine Leistungen mehr erhält.

Vielleicht war bei dem Verzicht auf ÖPP in Spandau die Furcht vorherrschend, sich den Vorwurf der groben Fahrlässigkeit einzuheimsen oder gar sich dem Vorwurf einer schweren Vermögensverletzung gegenüber öffentlichem Vermögen ausgesetzt zu sehen. Bei dem oben geschilderten Verfahren von „Forfaitierung mit Einredeverzicht“ kann sogar vom Verdacht der Untreue im strafrechtlichen Sinn gesprochen werden.

Abgesehen davon, dass nach Art. 20 GG für alle von der öffentlichen Hand getätigten Investitionen das Demokratiegebot gilt und daher die im ÖPP-Verfahren praktizierte Geheimhaltung der Verträge schlicht grundgesetzwidrig ist, ist zu befürchten, dass ÖPP-Projekte viele Nachahmer haben. Was in Spandau noch rechtzeitig verhindert wurde, wird weiterhin von der Politik stark forciert. Es gibt sog. Task-Forces im Bundesverkehrsministerium und in allen Landesregierungen. Dabei leisten Manipulateure wie die Bertelsmann-Stiftung oder die Initiative D 21



ÖPP

(BaA) ideologische wie praktische Schützenhilfe. Nach allen Erfahrungen, die mittlerweile flächendeckend in der Bundesrepublik mit ÖPP-Projekten gemacht wurden, ist es, wie die sechs Schulleiter, abstrus zu glauben, dass die notwendigen Sanierungsmaßnahmen der betroffenen Grundschulen nur im Rahmen der ÖPP vorstatten gehen können.

Das Gegenteil ist der Fall! Angesichts des oben Geschilderten müssen sich die sechs Herren ernstlich fragen lassen, ob sie wirklich die Interessen der Schulkinder im Auge haben oder nicht doch, wie bei solchen Projekten üblich, sich als Lobbyisten für bestimmte Investoren

missbrauchen lassen. Wenn Letzteres zutrifft, wäre dies ein Fall für die „Business Crime Control“. Für die geplante ÖPP-Maßnahme standen selbstverständlich Finanzmittel zur Verfügung. Wir fordern deshalb die sofortige Eingliederung dieser Mittel in den Bezirkshaushalt.

Der Bezirk Spandau muss endlich wieder Verantwortung über seine originären Aufgaben übernehmen und sich nicht als Geldzuweisungsmaschine für irgendwelche Privatinvestoren zu Lasten der Allgemeinheit verstehen.

Der Senat seinerseits muss deshalb die Bezirke zur Sicherung ihrer Aufgaben finanziell entsprechend ausstatten. Piotr Luczak

Voll Fett Verkauf

Spitzen der Bahngewerkschaften Transnet und GDBA stimmten für Börsengang und Arbeitsplatzabbau

Zwei Bahn-Gewerkschaften haben am 15. November den Bahnprivatisierungsplänen von Bahnchef Mehdorn im Aufsichtsrat zugestimmt. Dieser tagte auf Antrag der Bahngewerkschaftschefs Norbert Hansen (Transnet) und Klaus-Dieter Hommel (Gewerkschaft der Bahnbeamten und Anwärter, GDBA).

Die Deutsche Bahn AG plant demnach, die DB-Güterbahn Railion, den DB-Fernverkehr und DB Regio in einer Holding zusammengefasst zu privatisieren. Dies hat auch die Zustimmung der Aufsichtsratsvertreter der Bahngewerkschaften Transnet und GDBA gefunden, wenn nicht mehr als die Hälfte der Anteile privatisiert würden. Darin sieht die Verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Dorothee Menzner, einen Kotau der Gewerkschaften vor den Plänen von Bahnchef Mehdorn. Für eine solche „DB-Roll“ unter Renditedruck sieht die Abgeordnete keinen Spielraum: „Die Erträge im Fern- und Cargobereich sind spärlich, für Regionalzüge gibt der Bund den Löwenanteil des Geldes — mit Jahr für Jahr fünf Milliarden Euro für den DB-Nahverkehr würde der Bund die Rendite finanzieren.“

„Diese Subholding-Idee ist ein indischer Seiltrick von Hartmut Mehdorn, der den Bund und die Bahnbeschäftigten mit seinen Kapital-Interessen stranguliert“, meinte Dorothee Menzner. Sie befürchtet nun mit diesem Subholding-Modell einen massiven Arbeitsplatzabbau. „Und dem leisten die Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat mit ihrer Zustimmung zum neuesten Mehdorn-Coup noch

massiv Schützenhilfe.“ Die Sprecherin warnte, der Bahnchef und die Gewerkschaftsführung dürften im Interesse der Bahnbeschäftigten, der Kunden und des Steuerzahlers nicht mehr länger schalten und walten, wie sie wollen. Dorothee Menzner: „Mit seinen jüngsten Plänen, die DB-Transportbereiche dem privaten Kapitalmarkt auszusetzen, habe der Kapitalisierungs-Guru Mehdorn — als Mitbringsel seiner Indien-Visite mit Kanzlerin Merkel — nun auch den Bahn-Aufsichtsrat eingeräuchert.“

Als „doppelten Dachschaden“ bezeichnete Dorothee Menzner dieses Modell einer Subholding unter dem Dach der bestehenden DB-Holding. Damit würden die Güter- und Personenzüge der Bahn verscherebelt, und die Beschäftigten würden auf der Strecke bleiben. DIE LINKE bleibt dabei: Die Bahn muss weiter in öffentlicher Hand bleiben und gehört nicht an die Börse. Für Dorothee Menzner schenkt die DB AG dem Aktiengesetz mehr Beachtung als den Verkehrsbelangen der Bevölkerung und der Wirtschaft. Dies widerstrebe dem Grundgesetz. Dort sei im Artikel 87e verankert, Verkehrsangebote zu gewährleisten, und nicht die Wünsche des jeweiligen Bahnchefs.

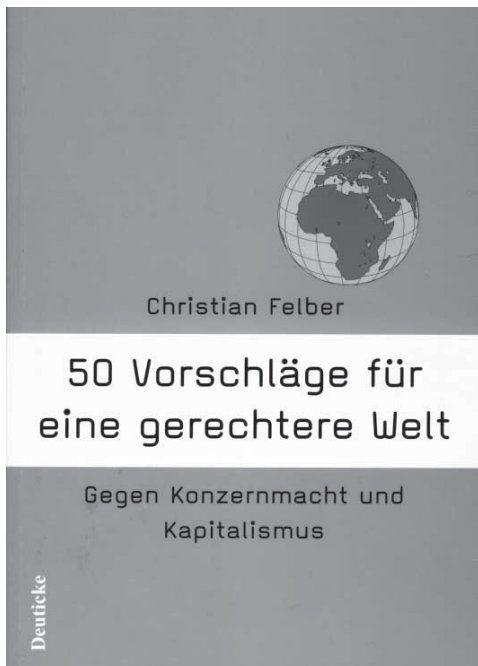
Manfred Vormelker

Buch –Tipp

50 Vorschläge für eine gerechte Welt

Christian Felber ist einer der Mitbegründer von attac Österreich. Es gelingt ihm in seinem Buch den vielschichti-

gen Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung und dessen negative Auswirkungen wie Massenarbeitslosigkeit, Standortkonkurrenz, Megafusionen und Kapitalflucht pointiert und anschaulich darzustellen. Er widerlegt die Behauptung der Eliten aus Wirtschaft und Politik, dass dieser Prozess alternativlos ist. Es werden 50 konkrete Alternativen vorgestellt, wie z. B. die Bändigung der internationalen Finanzmärkte, des Welthandels, globale Steuergerechtigkeit, verbindliche Regeln für Konzerne bis hin zu einer neuen Gerechtigkeitsformel. Dieses Buch ist auch ein Aufruf zum Widerstand und für politisches Engagement. Das Buch endet mit dem Appell: „ Am Anfang jeder Macht ist Unterwerfung. Wer sich ohnmächtig fühlt und resigniert, leistet einen - ungewollten - Beitrag zur Herrschaft. Wenn alle die, die nichts tun, weil sie glauben, nichts bewirken zu können, sich politisch beteiligen, dann haben wir schon morgen eine andere Welt.“



Christian Felber
50 Vorschläge für eine gerechte Welt
 Deuticke, Wien 2006
 ISBN: 3-552-060-05
 € 19,90

...? Ora et labora. Jeden Tag arbeiten und seine Pflicht tun.“ In seinen Büchern schreibt er über „Das Imperium der Schande“. Wen Sie wissen wer der gesuchte ist Können Sie einen Büchergutschein in Höhe von 20 € gewinnen. Postkarte an Roter Laden »Salvador Allende« Jüdenstraße 46, Einsendeschluß 27.12.07, Auslosung am 14.01.08, öffentliche Mitgliederversammlung der Bezirksorganisation im roten Laden., 19:00 Uhr.

WERWIEWASWIESOWESHALBWARUMWANNWOWERWIEWAS

10.12.07 19 Uhr Mitgliederversammlung der Bezirksorganisation Spandau, Roter Laden »Salvador Allende« Jüdenstraße 46

11.01.08 19 Uhr „1. offener Stammtisch“ der Bezirksorganisation Spandau, Roter Laden »Salvador Allende« Jüdenstraße 46

Die Bürgerbegehren können auch in unserer Geschäftsstelle in der Jüdenstrasse 46, Tel. 36 43 74 71 unterschrieben werden.

Unsere Geschäftszeiten: Mo, Di, Do 11-16 Uhr

und Freitag 11-14 Uhr.

Der neu gewählte Bezirksvorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Erste Sprecherin	Monika Merk
Stellvertreterin	Evelyn Berger
Zweiter Sprecher	Jörg Kuhle
Stellvertreter	Manfred Vormelker
weitere Mitglieder	Benjamin Ahmad, Mike Gallrach, Andreas Kremer und Piotr Luczak

In der Nächsten Ausgabe ausführliche Infos.

„Um die Menschen zu lieben, muss man sehr stark das hassen, was sie unterdrückt.“ Jean Paul Sartre